

Klimapolitik – noch schlechter als ihr Ruf

GGKN Viele Menschen auf der ganzen Welt machen sich Sorgen über die Erderwärmung. Zu Recht: Die Wissenschaft gibt immer dramatischere Prognosen über die immensen Schäden des Klimawandels ab. Die Auswirkungen sind aber längst bemerkbar. Dafür tut sich erstaunlich wenig in Sachen Schadstoffreduktion: Kaum ein Staat senkt den Ausstoß tatsächlich. Und was auf nationaler und internationaler Bühne angekündigt wird, bleibt weit hinter dem Pariser Klimaabkommen zurück.

Der weltweite Protest von Fridays For Future fordert von der Politik ein, das einzuhalten, was sie sich vorgenommen hat. Dafür kriegt er viel Lob und Unterstützung. Komischerweise auch von denen, die der Protest kritisiert. Die Lage ist ernst. Da wäre es klug, sich damit auseinander zu setzen, an wen man da appelliert. 30 Jahre Klimapolitik – deren Ergebnisse und Gründe – geben Aufschluss darüber, dass der Staat kein guter Ansprechpartner ist, wenn es darum geht, den Planeten zu retten.

Mensch und Natur –

wofür sind sie gut?

Mittlerweile hat es sich bei vielen rumgesprochen: Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, müsste sich ziemlich viel ändern. Der Ausgangspunkt aller Klimapolitik waren und sind – trotz aller moralischer Appelle in Sachen Urlaubs-Flugreisen und Avocados – die kapitalistischen Unternehmen. Von denen hängt das gesamte Leben (Lohn, Steuern, Staatsschulden, Qualität einer Währung) einer bürgerlichen Volkswirtschaft ab. Daran will keine verantwortungsbewusste Regierung von links bis rechts etwas ändern.

Dass „die Wirtschaft“ florieren muss, da sind sich alle einig. Und das geht so: Unternehmen wollen mit dem, was sie herstellen, mehr einnehmen, als sie dafür ausgegeben haben. Dafür wird Einkauf, Produktion und Verkauf darauf getrimmt, den Gewinn zu steigern. Lohnarbeiter*innen bekommen das zu spüren, wenn sie für weniger, gleichen und manchmal auch mehr Lohn immer mehr zu leisten

haben. Genauso gehen Unternehmen auch mit der Natur um: Herausholen, was geht, so günstig wie möglich. Energie- und Rohstoffgewinnung und Abfallentsorgung sind nur Kostenpunkte. Vergiftung der Böden, Flüsse und auch der Atmosphäre kostet die Unternehmen erstmal nichts.

Recycling wird dann gemacht, wenn es sich lohnt, z. B. wenn die Rohstoffe teuer sind – aber wenn nicht, dann nicht. Energie einsparen für den gleichen Output wird dann gemacht, wenn es sich lohnt – wenn nicht, dann nicht. Damit die Geldvermehrung immer umfangreicher vollzogen werden kann, muss die Produktion immer weiter wachsen und damit letztlich auch der Energieverbrauch. Das alles liegt nicht daran, dass Unternehmer*innen oder Manager*innen zu doof oder zu gierig sind. Sondern daran, wie die Wirtschaft hierzulande organisiert ist und was ihr Zweck ist: Private Gewinnvermehrung mittels Produktion für den zahlungsfähigen Bedarf.[1]

Die Wirtschaft –

wofür ist die gut?

Auch die Politik ist nicht blind, konfliktscheu oder korrupt, wenn sie genau dieses Wirtschaftswachstum auf Kosten von Mensch und Natur fördert.

(CC BY-SA 4.0) Gerhard Mester

Die Staaten (und Regierungen) der Welt setzen auf die kapitalistische Produktion als eine historisch unvergleichbare Machtquelle. Nie zuvor hat eine Produktion einer Herrschaft soviel Reichtum zugespielt, um ihre Zwecke zu verwirklichen (z.B. Beamte bezahlen, Infrastruktur organisieren). Von A wie Arbeitsagentur bis Z wie Zulassungsstelle benutzt der Staat das Steuergeld, um die Gesellschaft am Laufen zu halten. Damit das gut und immer besser funktioniert, kümmern sich Staaten darum, dass für die Unternehmen genug Energie zuverlässig und billig vorhanden ist. Und dass ihren Unternehmen die ganze Welt als Markt offen steht. Man denke nur an Deutschland mit seiner Autoindustrie, die ihre Karren weltweit absetzt.

Damit andere Staaten, die das gleiche Interesse für ihre Wirtschaft haben, da nicht zwischen funken, versucht jeder Staat, sich andere Staaten unterzuordnen: In Handelsverträgen versuchen sie der eigenen Wirtschaft möglichst viele Vorteile zu verschaffen. Der Staat macht sich zum Mittel der kapitalistischen Wirtschaft, weil er dadurch stark (die Grünen würden sagen „handlungsfähig“) wird. Der Erfolg der heimischen Wirtschaft ist dabei wiederum das

